

Allgemeine Zeitung
Lokalredaktion Rosendahl
Redaktion Kreis Coesfeld



FRAKTIONSVORITZENDER
im Rat der Gemeinde Rosendahl
Winfried Weber
Waldweg 25
48720 Rosendahl - Holtwick
☎ 02566-1887
E-mail: Weber-Rosendahl@web.de.de

Rosendahl, den 03.03.2023

LESERBRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren,
mein Leserbrief bezieht sich auf die AZ-Berichterstattung Kreis Coesfeld vom 03.03.
“Formular vom Sofa aus verschicken“

Kein Grund, sich zu loben!

Das Onlinezugangsgesetz (OZG), welches im August 2017 vom Bundestag beschlossen wurde, sah vor, dass Bund, Länder, Städte, Kreise und Kommunen innerhalb von fünf Jahren alle **575** Verwaltungsdienstleistungen digitalisieren und online anbieten. Um es klarzustellen: es ist Gesetz! und 5 Jahre Frist ist nicht kurz. Ich hatte mich schon aufgeregt, dass man sich in Billerbeck und Rosendahl in der AZ für das Erreichte brüstete, jetzt auch noch der Kreis und der Landrat. Sicherlich hat Herr Schulze Pellengahr recht, Digitalisierung ist eine Daueraufgabe. Ein Mea Culpa, von den Verwaltungsspitzen wäre bei dem eklatanten Gesetzesbruch aber angesagt – schließlich hat auch der Kreis von 375 OZG nur 192 realisiert. Wie gut die 192 in der Praxis wirklich schon funktionieren, müsste mal von den Bürgern reflektiert werden. Verwaltungsdenke und Bürgerfreundlichkeit passen öfters mal nicht zusammen.

Bei der letzten Kreisdigitalisierungskonferenz gab es keine Information, wann im Kreis überhaupt ein Projektplan im OZG erstellt wurde, welche Meilensteine definiert wurden oder wie der Zielerreichungsgrad im Detail aussieht. Erkennbar sind die Digitalisierungsstrategien von Kreis und Land/Bund schon mal nicht deckungsgleich, die Kommunen haben meist keine – und das bei einem Thema, das nur funktionieren kann, wenn alle kompatibel unterwegs wären. Auch in der Digitalisierung ist der Föderalismus wieder mal ein Übel, in den „Fürstentümern“ macht jetzt wieder jeder, was er will. Natürlich sind es auch die Verwaltungen des Bundes und des Landes, die besonders bei den Efa-Leistungen versagt haben. Ich habe aber keinen öffentlichen, anhaltenden Aufschrei von Städten, Kreisen und Kommunen gehört oder gar Klageandrohung, damit die Voraussetzungen für die Zielerreichung Ende 22 geschaffen wurden. Wurde ausreichend Personal für die Zielerreichung eingestellt – wohl nicht, Ziel wurde übel verfehlt. Wenn Klimaaktivisten sich auf der Straße festkleben, wird von Klimaterrorismus gesprochen – obwohl die wenigsten tatsächlich dafür verurteilt werden. Wie sollen wir Bürger das eklatante Versagen der

Verwaltungen, mit OZG-Gesetzesbruch einstufen? – für mich ist das Verwaltungsterrorismus von Bund bis in die Kommunen! Wer wird wie dafür in die Verantwortung genommen? In der Umsetzung politischer Entscheidungen besitzen die Themenfelder, die mit gesetzlichen Vorgaben und Fristen versehen sind, absolute Priorität! – die „schönen“ Projekte kommen danach – Bürger und Politik müssen sich darauf verlassen können, dass Verwaltung das auch lebt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Manfred Weber', written in a cursive style.